

Pressemitteilung**ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim****Pascal Ausäderer**

11.02.2025

<http://idw-online.de/de/news847278>Buntes aus der Wissenschaft, Forschungsergebnisse
Gesellschaft, Politik, Wirtschaft
überregional**Nur leichte Erholung bei Gründungen in forschungsintensiven Branchen**

Trotz eines leichten Anstiegs um 1,3 Prozent im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr bleibt die Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland auf niedrigem Niveau. Das zeigt eine aktuelle Studie des ZEW Mannheim auf Basis des Mannheimer Unternehmenspanels (MUP). Hohe Energiekosten, Fachkräftemangel und zunehmende bürokratische Hürden bremsen den Unternehmergeist auch in forschungs- und technologieintensiven Branchen in Deutschland aus.

„Von einer Trendwende kann keine Rede sein. Seit Jahren beobachten wir einen kontinuierlichen Rückgang der Gründungen in Deutschland. Die Zahl der Neugründungen hat sich im Vergleich zu den 1990er-Jahren drastisch verringert. Besonders besorgniserregend ist der Einbruch bei Unternehmen in forschungs- und technologieintensiven Branchen. Dort drohen Innovationslücken, die sich langfristig auch auf andere Branchen in der deutschen Wirtschaft auswirken können“, erklärt Dr. Sandra Gottschalk, Wissenschaftlerin im ZEW-Forschungsbereich „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“. „Insbesondere der hohe Kostendruck durch Inflation und steigende Löhne sowie die schleppende Digitalisierung von Verwaltungsprozessen erschweren den Markteintritt für neue Unternehmen.“

Reformen dringend nötig

Die Studie zeigt, dass vor allem in forschungsintensiven Industrien wie Maschinenbau, Elektrotechnik oder Chemie immer weniger Unternehmen gegründet werden. Die Gründungszahlen im forschungsintensiven verarbeitenden Gewerbe haben sich seit 2002 mehr als halbiert. Auch in der energieintensiven Produktion – etwa bei Metallerzeugnissen – sind die Neugründungen in den Jahren 2022 und 2023 um über zehn Prozent pro Jahr zurückgegangen.

„Weniger Neugründungen bedeuten weniger Wettbewerb, weniger Investitionen und weniger gute Aussichten für die deutsche Wirtschaft. Die Politik muss hier gegensteuern und Maßnahmen treffen, um Unternehmensgründungen attraktiver zu machen“, so Prof. Dr. Hanna Hottenrott, Leiterin des Forschungsbereichs „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“.

Hohe Bürokratiebelastung hemmt Gründungen

Ein grundlegendes Hemmnis ist der hohe bürokratische Aufwand. Laut IAB/ZEW-Gründungspanel verbringen junge Unternehmen durchschnittlich neun Stunden pro Woche mit administrativen Aufgaben – von Datenschutzvorgaben bis hin zu Meldepflichten. Besonders belastet sind Gründer/innen in der Bauwirtschaft, wo gesetzliche Dokumentationspflichten überdurchschnittlich viel Zeit in Anspruch nehmen. 44 Prozent der Gründer/innen geben an, aufgrund von Verwaltungsaufwand weniger Zeit für Forschung und Entwicklung zu haben. „Es besteht dringender Handlungsbedarf die Chancen der Digitalisierung zur Reduzierung des Zeitaufwands von Berichtspflichten und Anträgen zu nutzen“, so Hottenrott.

wissenschaftliche Ansprechpartner:

Dr. Sandra Gottschalk

Wissenschaftlerin im Forschungsbereich „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“

Telefon +49 (0)621 1235-267

E-Mail sandra.gottschalk@zew.de

Originalpublikation:

https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/jungeunternehmen/jungeunternehmen_o225.pdf

